

*
Die Februarkämpfe in Österreich 1934

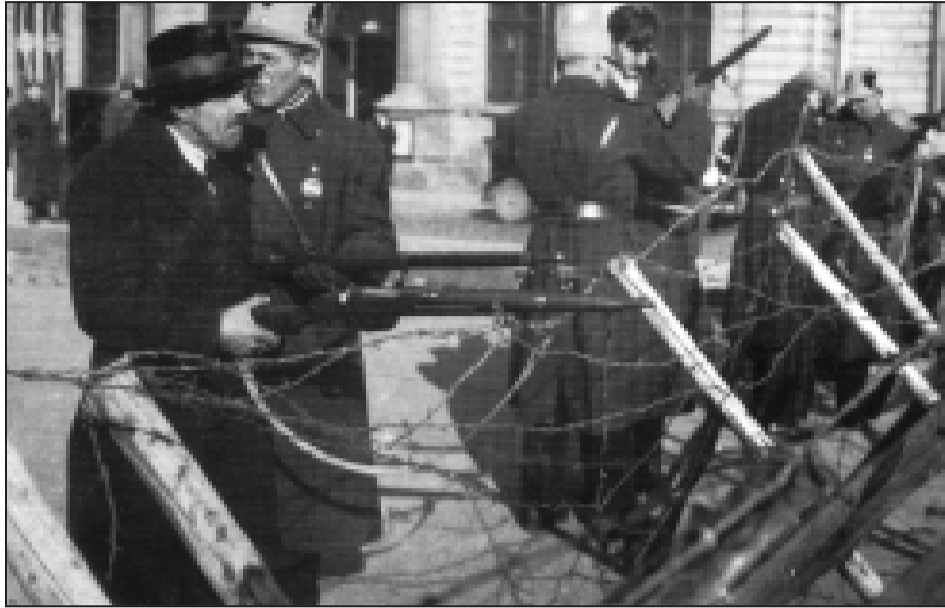
Watschen und Kanonen

Von Prof. Friedrich Keller, Wien

Schutzbündler waren empört über die Fotografie, die den »militärischen Führer des Aufstandes« Julius Deutsch zeigte – als Verwundeten nach seiner angeblich abenteuerlichen Flucht, aufgenommen am 14. Februar 1934 in Brünn. Sie hatten ihn noch in der Nacht vom 13. Februar ohne Anzeichen einer Verletzung die tschechoslowakische Grenze passieren sehen. Um den Fuchsenfeld- und Bebelhof in Wien-Meidling wurde aber noch bis zum 15. Februar erbittert gekämpft, der Kommandant der steirischen Rebellen, Koloman Wallisch, erst am 19. Februar durch Verrat gefasst und nach einem Standgerichtsverfahren sofort gehängt. Auch Deutschs Lebensgefährtin hielt ihren Julius schlicht für eine »feige Sau« und drohte ihm später während eines heftigen Streites im Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten im Haus der Brünnener Konsumgenossenschaft buchstäblich »Watsch'n« an.

Dieser Beziehungszwist widerspiegelt die jahrelangen Konflikte zwischen sozialdemokratischer Führung und Basis. Begonnen hatten die offenen Auseinandersetzungen am 14. Juli 1927, als Wiener Arbeiter und Arbeiterinnen aus Wut über den Freispruch zweier Heimwehr-Faschisten (nicht nur von einer Mordanklage, sondern auch vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung) das Symbol dieser Klassenjustiz, den Justizpalast, in Brand gesetzt hatten – und die Parteiführung beschwichtigend eingriff. 89 Tote blieben auf der Strecke. Jahr für Jahr wichen die SPÖ-Oberer vor der faschistischen Aggression zurück: 1928 hatten Otto Bauer & Genossen erstmals einen provozierenden Heimwehraufmarsch im Industriezentrum Wiener Neustadt toleriert, 1929 zweifelhafte Konzessionen an eine »ständestaatliche« Verfassung gemacht, 1930 Massenmobilisierungen gegen eine Regierung, die aus Heimwehr-Führern und einem Schwager Hermann Görings bestand, unterlassen und 1931 zugelassen, dass der Innenminister die Umtriebe faschistischer Heimwehr-Putschisten in der Steiermark als »besoffene G'schicht« herunterspielte. 1932 hatten die SPD-Oberer die ersten diktatorischen Maßnahmen der neuen Regierung unter dem christlichsozialen Kanzler Engelbert Dollfuß hingegenommen – und im Jahr darauf weitere autoritäre Maßnahmen: die Besetzung des Parlaments durch die Polizei, Verbot des Republikanischen Schutzbundes, der KPÖ und des Mai-Aufmarsches, Vorzensur für die Presse, beschränktes Streikverbot, Senkung der Überstundenzuschläge, Aufhebung des Tarifvertragsrechtes usw. Im Januar-Heft 1934 der theoretischen Zeitschrift »Kampf« hatte Parteiführer Otto Bauer sogar dem Aufbau berufsständischer Organisationen positive Seiten abgewinnen können, d. h. sich mit einem Staat nach dem Modell der 1931 verkündeten Papst-Enzyklika »Quadragesimo anno« arrangieren wollen.

Als jedoch am 9. Februar 1934 Dollfuß erklärte, »zu allem« entschlossen zu sein, und zwei Tage später sein Vizekanzler, Major Emil Fey, ein Vertrauensmann der Heimwehren, ankündigte, »morgen ganze



Im Februar vor 70 Jahren riss der sozialdemokratischen Basis der Geduldssaden ... Archiv des Autors



Julius Deutsch als angeblich Verwundeter

Arbeit« zu leisten, riss der SPD-Basis der Geduldssaden. Der Führer des Schutzbundes, Richard Bernaschek aus Linz, schickte einen Boten nach Wien zu Bauer, um ihn von seinem Entschluss in Kenntnis zu setzen, sich jedem Eindringen der Polizei ins »Volkshaus« mit Waffengewalt zu widersetzen. »Wir erwarten«, hieß es in seiner Botschaft, »dass Du der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus das Zeichen zum Losschlagen gibst«. Bauer erreichte die Nachricht erst zu mitternächtlicher Stunde, da er mit seiner Frau einen Greta-Garbo-Film angesehen hatte. Er bat telegrafisch um Aufschub: »Ernst und Otto schwer erkrankt, Unternehmung aufschieben.«

Die Polizei fing die Order ab. Daraufhin begannen in Linz um 7.30 Uhr die Kämpfe. Um 11.46 Uhr drehten couragierte Bedienstete des Elektrizitätswerkes in Wien den Strom ab. Um 13 Uhr kam es zu den ersten bewaffneten Zusammenstößen. Zentren waren die Arbeiterbezirke Favoriten, Floridsdorf, Ottakring, die Bundesbahnwerkstätte in Simmering sowie die Gemeindebauten in Hietzing und Meidling. Auch in den steirischen Industrieorten wurde gekämpft. Erst um 16 Uhr gab die Wiener Kampfleitung des Schutzbundes Schießbefehl, um sich sodann auf Grund einer Falschmeldung über eine be-

vorstehende Polizeirazzia aufzulösen.

Eindringliche Appelle zum Generalstreik verhalten ungehört. Damit standen die Aufständischen auf verlorenem Posten. Nota bene hielten sie sich an die von der Sozialdemokratie für ihre Parteigarde entwickelte Taktik: Wie die Bauern vor 400 Jahren in ihrem Dorf verhartet waren und es damit den Feudalherren ermöglicht hatten, ein Dorf nach dem anderen mit vereinten Kräften zu besiegen, so klebten die Schutzbündler an ihrem Gemeindebau – bis das Militär die schwere Artillerie in Stellung gebracht hatte. Das Konzept eines partisanenähnlichen Volkskrieges, das der sozialdemokratische General (und spätere österreichische Bundespräsident) Theodor Körner in Opposition zu den Militärspielereien Julius Deuschs entwickelt hatte, sprach sich unter den Kämpfenden nicht herum.

Aus dem fernen Prinkipo in der Türkei hatte Leo Trotzki gefordert, Österreich in ein Piemont des europäischen Proletariats gegen den aufsteigenden Faschismus zu verwandeln. Davon waren die Aufständischen weit entfernt. Aber die mit dem Mut der Verzweiflung kämpfenden Schutzbündler ersparten der SPÖ immerhin eine Schmach à la SPD in Deutschland. Sie setzten ein international sichtbares Signal des Widerstands gegen den Faschismus.

In Folge der Niederlage verwandelte sich die illegale KPÖ, die vor dem Februar 1934 nur über einige Tausend Mitglieder verfügte, aber die kämpfenden Schutzbündler unterstützt hatte, zur Massenpartei. Aus den Trümmern der sozialdemokratischen Partei entstanden die revolutionären Sozialisten, eine Organisation, die sich in Anlehnung an die deutsche Gruppe »Neu Beginnen« als bewusster Neuanfang verstand. Andere Teile der alten Sozialdemokratie zogen sich ins Privatleben zurück. Nicht wenige traten zur NSDAP über, die nach ihren ersten spektakulären Wahlerfolgen 1933 illegalisiert worden war, weshalb sie von manchen Arbeitern nicht als Feind wahrgenommen wurde. Zudem hatten sich die Nazis während des Aufstandes neutral verhalten und danach die spektakuläre Flucht das

Schutzbundkommandanten Bernaschek aus dem Linzer Landesgericht ins Braune Haus nach München organisiert. Die Ermordung des verhassten Kanzlers Dollfuß durch Angehörige der 89. SS-Standarte im Zuge des gescheiterten braunen Putschversuches im Juli 1934 machte die Nazis dann so populär, dass in Wien aus Ex-Schutzbündlern die illegale SA-Brigade 5 aufgestellt werden konnte.

Die exakte Zahl der während der Februarkämpfe Gefallenen wurde von der Regierung nie bekannt gegeben, genannt wurde nur die Zahl von 102 Toten auf Seiten der Polizei, der Heimwehren und des Bundesheeres. Schätzungen sprechen von 1500 bis 2000 Opfern, darunter besonders viele Frauen und Kinder, die beim Artilleriebeschuss der Gemeindebauten umkamen. Standgerichte verhängten acht Todesurteile, teilweise gegen Schwerverwundete. Friedhofsruhe im ganzen Land. Trotzdem konnten die Klerikal-Faschisten ihres Sieges nicht froh werden. Mindestens zwei Drittel der Bevölkerung hassten das pseudo-christliche Regime aus tiefster Seele. Dass die Frau des Kanzlers, Alwine, dem wachsenden Heer der Arbeitslosen ausgekochte Wursthäute als Nahrung empfahl, stachelte den Hass noch an. »Seh' ich wo ein Krukenkreuz, krieg ich gleich zum Spucken Reiz«, lautete ein populärer Schüttelreim. Zur innenpolitischen Ohnmacht gesellte sich außenpolitische. Hin und her gerissen zwischen Hitler-Deutschland, Mussolini-Italien und Gömbös-Ungarn beschritt Dollfuß' Nachfolger Ritter von Schuschnigg mit den Berchtesgadener Abkommen vom 11. Juli 1936 und 12. Februar 1938 den Weg eines »Ausgleiches« mit Hitlers Gefolgsleuten in- und außerhalb Österreichs, der mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938 endete.

Das auf politischen Konsens bedachte Nachkriegs-Österreich hatte seine Probleme mit dem Februaraufstand. Die rechten Sozialdemokraten um Adolf Schärf, die sich durch unauffälliges Überleben der Jahre 1934 bis 1945 für den Vorstand der neu entstandenen SPÖ qualifiziert hatten, wollten nicht befragt werden nach ihrem Verhalten während der Tage, als – wie die Revolutionären Sozialisten sangen – im Krachen der Dollfuß-Kanonen die Demokratie in Trümmer ging und die Illusionen einer Klassenharmonie zerbrachen. Die Erinnerungen des Revolutionären Sozialisten Joseph Buttinger, 1953 in Köln (!) unter dem Titel »Am Beispiel Österreichs« erschienen, kaufte der SPÖ-Vorstand fast in gesamer Auflage auf, um dessen Kritik nicht öffentlich werden zu lassen.

Aber auch die aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte KPÖ-Führung hatte ihre Schwierigkeiten mit der historischen Wahrheit – denn zu dieser gehört, dass von den etwa 750 Schutzbündlern, die in der UdSSR Zuflucht gesucht hatten, 190 vom NKWD verhaftet, davon etwa 30 erschossen und 46 als »deutsche Staatsbürger« nach dem Hitler-Stalin-Pakt an die Gestapo ausgeliefert worden waren.

Die Nachfolgeorganisation der Christlichsozialen, die ÖVP, und die mit dem klerikal-faschistischen Regime verbündete katholische Kirche versuchten, die Politik von Dollfuß und Schuschnigg als »Widerstandskampf gegen Hitler« umzuinterpretieren. Das Dollfuß-Porträt blieb im ÖVP-Parlamentsklub hängen. Gedenktafeln in der Wiener Votivkirche erinnern an gefallene Heimwehr-Faschisten. Und die Familie Nikoladoni-Dollfuß schmückt alljährlich die Mahnmale der »Für Heimat und Volk Gefallenen« mit Kränzen samt Schleifen: »In treuem Gedenken«.

strument zur Durchsetzung der Deutschlandkonzeption der SED und zwängte somit die zentraleuropäisch angelegte Initiative in die Fronten des Kalten Krieges. Obwohl der Plan Rapackis eine Chance bot, diese Fronten zu Gunsten der Entspannungspolitik zu durchbrechen. Die Chance wurde durch das »Nein« der BRD und der Westmächte wie auch die Inkonsequenz des Ostens, den Prioritätenwechsel zur ultimativen Westberlin- und Friedensvertragsinitiative Moskaus vertan.

Rapackis politisches Ende trägt tragische Züge. Im April 1968 zog er sich aus der aktiven Politik zurück. Als er einige Monate später offiziell seines Amtes entbunden wurde, dann nicht nur wegen der Herzinfarkte, die ihn körperlich schwächten. Nicht einverstanden war er u. a. mit den Methoden der Krisenbewältigung in Polen, die die Ereignisse im März 1968 nach sich zogen. Dazu gehörten vor allem Erscheinungen von Nationalismus und Antisemitismus, die viele jüdische Bürger veranlassten, ihre Heimat zu verlassen. Eine andere Meinung hatte Rapacki auch zum Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten im August 1968 in die CSSR. 1970 starb er im Alter von 61 Jahren.

Die Vision Adam Rapackis harrt noch immer ihrer Verwirklichung.

Ernst Labor: Der Rapacki-Plan und die DDR. Fides Verlag, Berlin. 322 S., 24.80 €.

Frauen
Geschichte(n)

Clara Rilke

Von Martin Stolzenau

CRW lautet das Signum von Clara Rilke-Westhoff, deren Bedeutung sich nicht darauf beschränkt, die Frau von Rainer Maria Rilke gewesen zu sein, mit dem



sie allerdings nur etwas mehr als ein Jahr in häuslichem Frieden zusammenlebte. Die Künstlerin orientierte sich maßgeblich an Auguste Rodin, Paul Cezanne und den Worswედern und vertrat die Meinung, von der Kunst müsse man so hingenommen sein wie Kinder vom intensiven Spiel. Ein Vortatz, der sich in beeindruckende Werke umsetzte, in plastische Porträts bedeutender Zeitgenossen (u. a. Rilke, Ricarda Huch, Gerhart Hauptmann etc.), reizvolle Stilleben und ungezählte kleine Landschaftsbilder. Zauberhaft art und lyrisch sind ihre Winterbilder.

Clara Westhoff entstammte einer Alt-Bremer Kaufmannsfamilie, wurde 1878 in der Hansestadt als fünftes von sechs Kindern geboren. Ihre künstlerisch veranlagte Mutter, zweite Frau ihres Vaters, der sich nebenbei als Hobbykünstler versuchte, kam aus Ostthüringen und hatte in ihrer Jugend mit Clara Schumann musiziert. Die Eltern förderten die künstlerischen Neigungen der Tochter, die 1898 zur jungen Malerkolonie am Weyerberg in Worpswede bei Bremen stieß. Ihr Lehrer Fritz Mackensen, der ihre plastische Begabung erkannte, lehrte sie auch den Meißel zu führen. Im Zusammensein mit Vogeler, Mackensen, Overbeck, Paula Becker und dem zeitweiligen Gast Rilke reifte Clara zur eigenständigen Künstlerin, wobei ihr ein Parisaufenthalt bei Rodin 1900 wichtige Anregungen gab. Rilke empfand Clara Westhoff bald als »ebenbürtig Schaffende«. Als der Dichter in Berlin weilte, wechselten beide viele Briefe, bis Clara im Februar 1901 »kühn und schön wie Brunhilde« bei Rilke erschien, um ihn anschließend in Bremen ihren Eltern vorzustellen. Im Frühling war dann Hochzeit.

Bereits nach der Geburt der Tochter Ruth jedoch bröckelte die Idylle im efeuheranten Strohdachhaus der Rilkes in Westerwede nahe Worpswede. Man trennte sich zunächst aus Arbeitsgründen. Auch als beide eine Zeit lang in räumlicher Nähe in Paris wirkten – Rilke schrieb und Clara meißelte –, lebte jeder sein eigenes Leben. Dann wechselte die vereinsamte Künstlerin auf Einladung Vogelers auf den Barkenhof nach Worpswede. Bis zum Tod Rilkes 1926 sah sie ihn nur selten. Allein der briefliche Kontakt blieb.

»Frau Rilke« gehörte zur Dorfgemeinschaft, sprach fließend Plattdeutsch, tanzte mit den Bauern auf Festen und trennte auch unter den Nazis »das Menschliche nicht vom Politischen«. Sie empörte sich über die schlechte Behandlung der Kriegsgefangenen. Nach dem Krieg schuf sie sich in der heimischen Bredenaue ein neues Zuhause, reiste ab und an zu ihrer in Thüringen verheirateten Tochter, die in Weimar mit ihrem Mann ein Rilke-Archiv aufbaute. Auch in ihrem fast »alterslosen« Alter blieb sie »frei von konventioneller Bedenklichkeit«. Sie verstarb am 9. März 1954 und fand auf dem heimischen Dorffriedhof die letzte Ruhe.

WochenChronik

14. Februar 1964: Erstmals tritt in der BRD der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Wirtschaftsentwicklung zusammen, die so genannten »fünf Weisen«.

14. Februar 1989: Ayatollah Khomeini verurteilt Salman Rushdie wegen seines Buches »Satanische Verse« zum Tode und setzt zehn Millionen Dollar Kopfgeld aus.

16. Februar 1959: Der 32-jährige Revolutionsführer Fidel Castro wird zu Kubas Regierungschef ernannt.

16. Februar 1964: Willy Brandt wird auf einem außerordentlichen Parteitag als Nachfolger des verstorbenen Erich Ollenhauer zum SPD-Vorsitzenden gewählt.

Erinnerung an einen kühnen Abrüstungsplan

»Er gefällt mir, der Adam ...«

Von Daniela Fuchs

Im Interesse der Sicherheit Polens und der Entspannung in Europa erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen nach Abstimmung ihrer Initiative mit den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages, dass die Volksrepublik Polen im Falle einer Zustimmung beider deutscher Staaten zur Einführung eines Verbots der Produktion und Lagerung von atomaren und thermonuklearen Waffen auf ihren Territorien bereit ist, gleichzeitig dasselbe Verbot auf ihrem Territorium zu erlassen.« Mit diesen Worten kündete am 2. Oktober 1957 der polnische Außenminister Adam Rapacki vor der XII. UNO-Vollversammlung eine Abrüstungsinitiative an, die ihn mit einem Schlag weltbekannt machte. Die ihr zu Grunde liegende Idee von der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ging unter dem Namen Rapacki-Plan in die Geschichte ein.

Adam Rapacki selbst gehört zu den interessantesten Persönlichkeiten Nach-

kriegspolens. Der studierte Ökonom, Kenner des polnischen Genossenschaftswesens hatte seine politischen Wurzeln in der Polnischen Sozialistischen Partei. Nach Krieg und deutscher Gefangenschaft wurde er 1947 Abgeordneter des Sejms. Engagiert nunmehr in der PVAP übernahm er das Ministerium für Schifffahrt und später das für Hochschulen. 1956 betrat er das diplomatische Parkett als Außenminister, auf dem er sich mit viel Geschick und Umsicht bewegte. Der Politiker und Journalist Mieczyslaw F. Rakowski schreibt in seinem politischen Tagebuch am 27. Februar 1958: »Er gefällt mir der Adam Rapacki ... Aus seinem Auftreten, aus seinen Äußerungen kann man das erkennen, was man Kinderstube nennt.« Zu Rapackis engsten Beratern gehörte der polnische Ökonom und Jurist Manfred Lachs, der spätere Präsident des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag; er hatte entscheidenden Anteil an der Ausarbeitung der verschiedenen Varianten der Pläne über atomwaffenfreie Zonen.

Ernst Labor legt mit diesem Band über den Rapacki-Plan – von dem er eine bis-

lang unbekannte, hier erstmals publizierte Fassung anbietet – Ergebnisse jahrelanger intensiver Forschung vor. Der Plan brachte völlig neue Denkanregungen, die ohne Vorbedingungen an der Systemnahtstelle zu realisieren gewesen wären. Er berührte weder die Forderung nach dem Abzug ausländischer Truppen, noch sah er irgendwelche Veränderungen der Mitgliedschaft in der NATO und des Warschauer Pakts vor. Auch die Situation der beiden deutschen Staaten wäre nicht berührt worden. Rapacki ging aber davon aus, dass eine kernwaffenfreie Zone und Rüstungsbegrenzung die Lösung der deutschen Frage erleichtern könnte. Ausführlich stellt Labor die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Sichtweisen der Sowjetunion, der USA, einiger west- und osteuropäischer Länder sowie der DDR und der BRD dar und den daraus resultierenden unterschiedlichen Umgang mit dem Rapacki-Plan. Interessant, nahezu spannend sind Labours Darlegungen zu den Reaktionen in Ostberlin. Die DDR setzte sich offiziell für den Rapacki-Plan ein, benutzte ihn aber zugleich vorrangig als In-